

**Matthias Jena**  
**Vorsitzender DGB Bayern**

Redemanuskript

Antrittsrede bei der 19. Ordentlichen Bezirkskonferenz des  
DGB Bayern am 13. Februar 2010 in München

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Wirtschaftskrisen gehören zum kapitalistischen System wie der Schnee zum Winter. Aber diese Krise ist nicht, wie andere Krisen.

Es gibt sicher niemanden hier im gesamten Saal, die oder der in den vergangenen 15 Monaten nicht tagtäglich mit der Wirtschaftskrise und den Folgen konfrontiert war.

Welche „Wege aus der Krise“ können wir also gehen?

Über diese Frage diskutieren wir heute mit unserem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, dem Nürnberger Oberbürgermeister Uli Maly und dem Ökonom Stefan Schulmeister vom österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung

Herzlich willkommen!

Zwei Polit-Praktiker, ein anerkannter Ökonom und viele Expertinnen und Experten hier im Raum. Da muss ich kein Blatt vor den Mund nehmen:

- Diese Krise ist kein Zufall und auch keine Naturkatastrophe. Sie ist vielmehr das unvermeidliche und vorhersehbare Ergebnis einer systemischen Fehlentwicklung.
- Wir stecken nach wie vor mitten drin in dieser enormen Wirtschaftskrise, die es so in der Weltgeschichte noch nie gegeben hat. Selbst wenn sich aktuell kleine, hoffnungsvollere Botschaften mehren, gibt es keinerlei Grund zur Entwarnung.
- Die Krise gefährdet gerade 2010 Arbeitsplätze und die Existenz vieler Unternehmen, ja sie droht ganze Wertschöpfungsketten zu zerstören.

Wir haben das bisher flächendeckend nur verhindert, weil der Staat entschlossen und mutig eingegriffen hat. Die Kurzarbeit hat hunderttausende von Stellen gesichert - und wir werden das Instrument weiter brauchen.

Ausgerechnet der oft kritisierte Sozialstaat hat den Arbeitsmarkt stabilisiert! Das ist eine zentrale Erkenntnis aus der Krise. Die zweite ist, dass wir es waren, die daran ganz wesentlich mitgewirkt haben. Betriebsräte und Gewerkschaften haben dafür gesorgt, dass hunderttausende Arbeitsplätze bisher gehalten worden sind.

Das ist eine Riesenleistung und darauf können wir stolz sein, Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben viel geschafft. Das ist gut, aber kein Grund, sich zurückzulehnen. Ich bin davon überzeugt, dass die eigentliche Bewährungsprobe noch vor uns steht.

Für mich ist klar: Die Ursachen dieser Krise, sind fundamental. Fundamental im Wortsinn. Ich bin davon überzeugt: um diese Krise wirklich zu überwinden brauche wir auch fundamentale Veränderungen. Eben ein neues Fundament für unsere Gesellschaft.

Stefan Schulmeister fordert zu Recht, dass am Ende der neoliberal-finanzkapitalistischen Sackgasse auch jene umkehren müssen, die diese Sackgasse für den "Weg zur Freiheit" hielten.

Herr Schulmeister, ich bin gespannt, von Ihnen zu hören, wie weit wir mit dieser Umkehr schon sind. Und welche konkreten Gegenmaßnahmen sie vorschlagen!

Ich habe den Eindruck: wirkliche Konsequenzen sind noch nicht gezogen.

Die wichtigste Lehre ist, die Märkte korrigieren sich eben nicht selbst. Ohne angemessene Regulierung tendieren Sie zum Exzess.

Gier gilt in der katholischen Kirche - daran darf man hier im katholischen Bayern ja mal erinnern - als eine der 7 Todsünden. Und diese Gier wird ja nicht dadurch besser, dass die Sprachkünstler dafür das Wort „Profitoptimierung“ erfunden haben.

Deshalb sage ich deutlich: Wir müssen die Systemfrage stellen. Die Alternativen lauten: Finanzmarktkapitalismus oder soziale Demokratie.

Unsere Antwort steht fest: Wir brauchen Solidarität statt Ellbogen. An die Stelle einer engen Sichtweise, die nur den Nutzen der Aktionäre kennt, nur das Aktionärsvermögen als Zielgröße sieht, muss wieder die Sorge um das Soziale, um den Zusammenhalt der Gesellschaft treten.

Oder anders ausgedrückt: wir brauchen „Sozial Value“ statt „Shareholder Value“.

Zuallererst muss das gesamte Banken- und Finanzsystem auf völlig neue Füße gestellt werden – und zwar schnell!

Schließlich tritt der Staat als Garant für die Banken auf, aber die erfüllen ihre eigentlichen Aufgaben nicht oder nur unzureichend

Die Banken vergeben Kredite an Unternehmen nur zögerlich und gegen horrende Zinsen. Und oft mit Auflagen zu Lasten der Beschäftigten. Da gehe ich jede Wette ein: Wenn wir in diesem Saal nachfragen, erhalten wir auf Anhieb Dutzende Beispiele!

Jeder weiß und jeder spürt: so wie bisher kann und darf das nicht mehr weitergehen!

Gute Vorschläge der Gewerkschaften liegen längst auf dem Tisch:

- Tobin-Steuer
- Begrenzung der Bonuszahlungen
- deutliche Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken
- schärfere Bankenaufsicht
- und last but not least der Verbot von Leerverkäufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu den Konsequenzen, die aus dieser Krise zu ziehen sind, gehört selbstverständlich auch, dass die Verantwortlichen für die Krise benannt und persönlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Denn am Beginn der Krise standen – ich zitiere– „neben persönlichem Versagen, professionelle Inkompetenz, politische Nachlässigkeit und kriminelle Energie“. (*Zitat Ende*)

Formuliert hat diese deutlichen Worte Wolfgang Hetzer, Abteilungsleiter beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (*European Anti-Fraud-Office*). Das ist kein Wirtschaftstheoretiker, sondern ein Verbrechensspezialist, der dafür sorgt, dass hochspezialisierte Kriminelle ihre verdiente Strafe erhalten. Und das ist überfällig!

An der einen oder anderen Stelle haben zwar unterdessen mit großem Bohei strafrechtliche Ermittlungen begonnen. Aber sind alle irgendwie steckengeblieben.

Festnahmen: Keine. Schuldsprüche: Keine. Schadenersatzzahlungen: Null.

Das Fehlen von ein paar Maultaschen, eines Pfandbons oder drei halber Wurstsemmeln darf Ermittler und Richter doch nicht schneller auf den Plan rufen, als das Verschwinden von Milliarden. Das versteht kein Mensch! Das ist absurd!

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Bei der Hypo Group Alpe Adria hat die bayerische Landesbank mindestens 3,7 Milliarden Euro versenkt, verzockt, vergeudet - wahrscheinlich sind es wohl eher 10 Milliarden.

Was hätte der Freistaat nicht alles mit dem Geld für die Bürger machen können! Bildung, Infrastruktur, Gebäudesanierung - es gibt 1000 sinnvolle Projekte!

Herr Ministerpräsident, Sie haben „zügige und umfassende Aufklärung ohne Rücksicht auf Strukturen und Personen“ versprochen. Wir warten darauf, machen Sie damit ernst - dafür haben Sie unsere Sympathie!

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

nicht nur die Verantwortlichen für diese Krise mussten bisher kaum Konsequenzen fürchten. Auch die dahinter liegende marktradikale Ideologie bestimmt nach wie vor weite Teile der Politik.

Anders kann ich mir etwa das Märchen von den Steuersenkungen, die sich selbst finanzieren, nicht erklären. Soviel Fantasie hatten noch nicht einmal die Gebrüder Grimm!

Hoffnungsvoll stimmt mich allerdings, dass diese Luftnummer wirklich überall auf Ablehnung stößt. Ich zitiere „In der schwarz-gelben Finanzpolitik passt nichts zusammen Im Bundeshaushalt fehlen in den kommenden 4 Jahren mehr als 250 Milliarden Euro. Gleichwohl wollen Union und FDP um rund 24 Milliarden Euro die Steuern senken. Das Publikum reibt sich verwundert die Augen und fragt sich, wie das funktionieren soll.“ (*Zitat Ende*)

Das schreibt nicht die Wirtschaftsabteilung des DGB, sondern die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, und die ist gewerkschaftlicher Umtriebe nicht wirklich verdächtig

Alle Wirtschaftsweisen im Sachverständigenrat lehnen diese Steuerpolitik ab - so einig waren die sich noch nie. Und laut Deutschlandtrend der ARD ist auch die große Mehrheit der Bundesbürger gegen die Steuersenkungspläne. Die Bürger sind schlauer als ihre Regierung. Weil sie begriffen haben:

Wenn der Staat jetzt auf Einnahmen verzichtet, muss er das irgendwo wieder einsparen. Am leichtesten geht das dort, wo es keine Lobby gibt: bei den Zukunftsinvestitionen, bei der Infrastruktur, im ganzen Bildungsbereich.

Dann haben die Neoliberalen mit ihrer ruinösen Politik endlich geschafft, was sie schon immer wollten: Der Sozialstaat wird nicht mehr finanzierbar sein.

Deshalb fordern wir die Politik auf: Macht endlich Schluss, mit der Klientelpolitik für Wenige zu Lasten der Finanzierung von Kindergärten und Schulen in den Städten - und zu Lasten der Beschäftigung von Lehrern und Polizisten in den Ländern!

Wir fordern eine Steuerpolitik, die gerecht und solidarisch ist und gleichzeitig dafür sorgt, dass der Staat finanziell handlungsfähig bleibt.

Wenn diese Bundesregierung unbedingt mit einer steuerlichen Wohltat in die Geschichte eingehen will, haben wir bessere Vorschläge: viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer empfinden die kalte Progression und den „Mittelstandsbauch“ im geltenden Steuertarif als ungerecht. Das wäre eine sinnvolle Korrektur!

Aber die Ankündigung, einen Stufentarif im Steuerrecht einzuführen zu wollen, ist der völlig falsche Weg! Die Gewerkschaften setzen auf ein progressiv gestaltetes Steuersystem. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Wir fordern eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, höhere Unternehmenssteuern und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!

Würde Deutschland Unternehmen und Vermögende nur auf dem Niveau des OECD-Durchschnitts besteuern, kämen 75 Milliarden Euro mehr in die Staatskasse. Zusätzliches Geld, das zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise dringend benötigt wird.

Oder für die Förderung der Kommunen.

Die wissen nicht mehr, wie sie Bäder offen halten und die notwendigen Kitas bauen sollen. Das zeigt, wie blind Bund und Länder sind: Ungeniert verteilen sie Klientelgeschenke und die Kommunen geraten immer weiter in einen Abwärtsstrudel.

Die Städte und Gemeinden geraten von drei Seiten in die Klemme, sinkende Gewerbesteuern als Folgen der Krise, höhere Sozialausgaben bei steigender Arbeitslosigkeit und jetzt sollen sie auch noch einen Teil der Steuergeschenke der Bundesregierung finanzieren. Das ist absurd, Kolleginnen und Kollegen!

Was das konkret bedeutet, kann uns sicherlich Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly erläutern. Er war selber einmal Stadtkämmerer und kennt sich mit den Gemeindefinanzen bestens aus.

Das Mitglied des SPD-Parteivorstands, Ulrich Maly, frage ich aber auch: wieso es seiner Partei in elf Jahren Regierungsbeteiligung im Bund nicht gelungen ist, die chronische Unterfinanzierung der Gemeinden zu verbessern? Und was will die SPD, die vielleicht auch deswegen im Bund wieder Oppositionspartei ist, daran ändern?

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

eine gerechte und sinnvolle Steuerpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Krise zu bewältigen. Aber auch in anderen Fragen gilt: Wir brauchen nachhaltige Veränderungen, wir müssen uns den aktuellen ökologischen Herausforderungen stellen.

Wir müssen die Wende zu einer sozial-ökologischen Industriepolitik schaffen. Wir sind das den künftigen Generationen schuldig!

Klimaschutz und ökologische Aspekte werden in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen. Deshalb ist kein Rückzug, sondern ein aktiver ökologischer Umbau der Industrie notwendig. Nur so schaffen wir den notwendigen gesellschaftlichen Wandel mit sicheren Arbeitsplätzen.

Gleichzeitig muss ein leistungsfähiger öffentlicher Nah- und Regionalverkehr als Kernelement integrierter Mobilitätskonzepte eine zentrale Rolle spielen. Hier sind die Möglichkeiten in Bayern noch längst nicht ausgeschöpft.



Die Nachfrage nach kleinen, umweltfreundlichen Fahrzeugen wird weiter steigen. Verbrauchsarme und energiesparende Antriebe werden die zukünftigen Modellgenerationen prägen.

Die Automobil- und Zulieferindustrie wird sich in den nächsten 10 Jahren drastisch verändern.

Damit die Umwelt und die Beschäftigten profitieren, sollten wir alle gemeinsam daran arbeiten, dass der technologische Wandel in Bayern gelingt. Der Staat muss hier die richtigen Schwerpunkte und Anreize schaffen.

Die Zukunft Bayerns liegt nicht in einer de-industrialisierten Gesellschaft sondern in einer sozial-ökologischen Industriegesellschaft.

Wir wollen nicht nur auf Krisen reagieren, sondern vorausschauend gestalten. Wir wollen mit Staatsregierung, Branchenverbänden, Umweltverbänden und Wissenschaft diskutieren und Vorschläge zur Bewältigung des Strukturwandels erarbeiten.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Das erfordert eine zukunftsorientierte Struktur- und Industriepolitik. Gleichzeitig müssen wir bereits jetzt grundlegende bildungspolitische Veränderungen einleiten.

Nur mit qualifizierten und gut ausgebildeten Belegschaften wird die bayerische Industrie diesen Strukturwandel meistern können. Innovationen werden von Menschen gemacht.

Deshalb fordern wir mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung von der Kita bis zu den Hochschulen. Wer heute Investitionen in Bildung zurückfährt oder Ausbildungsplätze streicht, sorgt für Arbeitslosigkeit, Armut und Fachkräftemangel.

Gerade in der Krise muss in Bildung investiert werden. Nur gut qualifizierte Menschen können zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern beitragen.

Ich rufe den Arbeitgebern zu: „Wer nicht ausbildet, muss zahlen“. Auch wenn sie weiterhin die Umlagefinanzierung verhindern, sie zahlen mit schlecht oder gar nicht qualifizierten Belegschaften. Ein zu hoher Preis.

Mit einer vorwärts gerichteten Bildungspolitik können wir auch strukturelle Unterschiede innerhalb Bayerns ausgleichen.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

wir müssen alles dafür tun, damit nicht unsere Kinder oder Enkelkinder am stärksten unter den verheerenden Folgen dieses Gier-Kapitalismus leiden müssen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass gerade die Jungen zu Verlierern der Krise werden. Deshalb zählt jeder Arbeitsplatz, den wir für einen jungen Menschen schaffen oder halten. In dieser Situation brauchen wir die richtigen Brücken:

Einstieg für die Jungen, fairer Altersausstieg für die Älteren. Das ist ein Gebot der Solidarität.

Und deshalb war, ist und bleibt die Rente mit 67 ein gesellschaftlicher Irrweg! Diese Einheitslösung ist genau die falsche Antwort. Die Rente mit 67 muss weg!

Den Großvater bis 67 arbeiten zu lassen, obwohl er nicht mehr kann. Die Tochter kriegt nur noch eine Teilzeitstelle und das Enkelkind steht arbeitslos vor der Tür - das ist doch Wahnsinn! Das hat mit verantwortungsvoller Politik nichts, aber rein gar nichts zu tun!

In einer differenzierten Arbeitswelt kann das so nicht funktionieren.

Das gilt übrigens auch für das Ruhestandsalter der Landesbeamten, Herr Ministerpräsident!

Ja, in Bayern gibt es Ausstiegsregelungen für besonders belastete Beamte bei Polizei und Feuerwehr. Das erkennen wir an, Herr Ministerpräsident. –Aber das allein langt bei weitem noch nicht.

Wir brauchen überall differenzierte Ausstiegslösungen mit Rücksicht auf die Arbeits- und Lebensrealität.

Wir brauchen eine Neuauflage der gesetzlich geförderten Altersteilzeit. Die Beschäftigungsbrücke zwischen Alt und Jung ist angesichts der Arbeitsmarktsituation unverzichtbar.

Junge müssen nachrücken können, wenn Ältere aussteigen

Herr Seehofer, Sie haben bei der CSU-Klausur in Wildbad Kreuth angekündigt, dass Bayern das familien- und kinderfreundlichste Land sein will.

Dann helfen Sie mit

- das jetzt endlich die ständig ausufernden Befristungen eindämmt werden,
- die Arbeit zu Armutslöhnen und Lohndumping entschieden bekämpft wird
- und die permanente Ausweitung der Arbeitszeit in den Abend und das Wochenende gestoppt wird.

das wäre ein Familienförderprogramm das diesen Namen wirklich verdient.

Dann hätten vor allem junge Menschen endlich die notwendige Sicherheit, um sich nicht von einem Job zum nächsten hangeln zu müssen, sondern angstfrei in die Zukunft blicken zu können. Dann können junge Menschen Lebenspläne machen! Dann denkt man auch an eigene Kinder!

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

wir brauchen in der Arbeitspolitik grundlegende Reformen, keine Placebo-Politik. Das sogenannte „Verbot sittenwidriger Löhne“ durch Schwarz-gelb ist nichts anders als ein großer Bluff.

Da beginnt die Sittenwidrigkeit erst bei 33 Prozent unter dem üblichen Lohn, das wäre in einigen Branchen ein Stundenlohn von nicht einmal vier Euro. Das ist politisch gefördertes Lohndumping! Und wer 3,50 als ordentlichen Lohn bezeichnet, der sollte sich schämen!

Diese Bundesregierung ist mit dem Versprechen angetreten, dass sich Arbeit wieder lohnen soll. Machen Sie endlich Ernst mit ihrem Versprechen!

Wenn nicht ganz schnell eine generelle Öffnung des Entsendegesetzes für alle Branchen plus einen allgemeinen flächendeckenden Mindestlohn als absolute Untergrenze kommt, dann werden wir einen weiteren massiven Lohndruck nach unten erleben.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit: Im nächsten Jahr gilt in ganz Europa die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Europäische Bürger können dann ohne jede Auflage in ganz Deutschland ihren Dienst anbieten. Das wird den Lohndruck weiter verschärfen.

Bayern wird als grenznahe Bundesland besonders betroffen sein. Herr Ministerpräsident, Bayern muss deshalb ein ganz besonderes Interesse am Mindestlohn haben

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

wir brauchen auch bei der Leiharbeit die Unterstützung des Gesetzgebers. Dieses Problem können die Gewerkschaften nicht allein mit klassischer Tarifpolitik lösen.

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen selbstkritisch feststellen: Auch die Gewerkschaften hätten das Schicksal von Leiharbeitern früher auf ihre Agenda setzen müssen. Es sind schon die Tarifverträge des DGB mit BZA und IGZ sind kein

tarifpolitisches Ruhmesblatt. Aber selbst diese werden von den sogenannten „christlichen Gewerkschaften“ noch drastisch unterboten.

Aber die DGB-Gewerkschaften waren lernfähig und haben sich dem Thema Leiharbeit angenommen. Jetzt muss endlich auch die Politik lernfähig werden und dieses Lohndumping beenden.

Das angebliche Jobwunder „Leiharbeit“ hat sich in der Krise innerhalb von wenigen Wochen in Luft aufgelöst. Wenn wir jetzt nicht aufpassen, dann findet der - hoffentlich bald einsetzende - Aufschwung mit Leiharbeitern, befristeten Beschäftigten und prekären Arbeitsverhältnissen statt.

Was bei Schlecker passiert ist ein Schande. Aber Schlecker ist nur ein Fall unter vielen - ein besonders prominenter, aber eben nur einer. Die Schleckeritis greift überall um sich.

Wir fordern, dass der Gesetzgeber den Missbrauch von Leiharbeit künftig verhindert. Die Vorschläge der Gewerkschaften liegen auf dem Tisch.

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Synchronisationsverbot
- Und eine verpflichtende Qualifizierung in verleihfreien Zeiten

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

zu den Konsequenzen aus dieser Krise gehört auch: In unserem Land darf es keinen Platz geben für Sozialabbau nach FDP-Rezepten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen nicht zum zweiten Mal für diese Krise zahlen, durch einen Umbau der Sozialsysteme zu Lasten der Versicherten.

Wir wollen ein Gesundheitswesen, das allen Bürgerinnen und Bürgern bestmögliche Leistungen bietet, unabhängig vom jeweiligen Einkommen. Wir wollen keine 2- oder gar 3-Klassen-Medizin, der Trend einer schleichenden Privatisierung muss gestoppt werden.

Schwarz-Gelb will mit der Gesundheitspolitik noch mehr Umverteilung zu Lasten der Versicherten. Der Arbeitgeberanteil soll eingefroren werden. Alle zusätzlich entstehenden Kosten müssen ausschließlich durch die Versicherten gezahlt werden. Das ist ungerecht! Uns es zerstört die Grundpfeiler unserer solidarischen Krankenversicherung.

Der Bundesgesundheitsminister will eine Arbeitnehmerkopfpauschale einführen

Der Fahrer zahlt so viel wie der Prokurist.

Daran ändert auch die Ankündigung nichts, die Solidarität zukünftig durch staatliche Zuschüsse aus dem Steueraufkommen zu organisieren.

Wir wollen nicht weniger sondern mehr Solidarität. Herr Rösler sagt: Kopfpauschale her oder ich gehe. Weil Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter höfliche Menschen sind, sagen wir: Na dann, Tschüss!

Es gibt gute Konzepte für eine finanziell nachhaltige und solidarische Reform des Gesundheitssystems. Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung, in die auch Beamte, Politiker und Selbständige einzahlen!

Das wäre mutige, soziale und gerechte Gesundheitspolitik!

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Wir sind im DGB ein starker Zusammenschluss von selbstbewussten und verantwortungsbewussten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Und die leisten gerade in diesen schweren Zeiten gute Arbeit.

In diesem Zusammenhang: wenn man so etwas wie den Titel „Held des Jahres“ verleihen könnte, dann gäbe es für mich im Jahr 2009 nur eine mögliche Wahl – er ginge an die tausenden von engagierten Betriebsräten, die mit den Belegschaften an ihrer Seite um jeden Arbeitsplatz gekämpft haben. Dafür herzlichen Dank!

und ich füge hinzu: es täte gut, wenn wir das auch mal aus dem Mund von Politikern hören würden!

Gerade jetzt in der Krise erleben wir immer wieder, wie wichtig Mitbestimmung ist. Überall im Land verhandeln Arbeitnehmervertreter über Strategien zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Dabei übernehmen sie Verantwortung für die Beschäftigten und ihr Unternehmen.

Das Zusammenspiel von betrieblichen Maßnahmen und Politik hat dazu geführt, dass es bis jetzt nicht zu einer Entlassungswelle größeren Ausmaßes gekommen ist.

Eine Lehre aus der Krise muss deshalb lauten: wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung. Das ist gelebte Demokratie!.

Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, hat die Mitbestimmung vor ein paar Jahren als „Irrtum der Geschichte“ diffamiert.

Wir haben das nicht vergessen und noch genau im Ohr: Tarifverträge und Betriebsverfassung sollten ich zitiere „im Lagerfeuer brennen“

Diese Einschätzung war nicht nur niederträchtig, sie ist auch grundfalsch. Die Mitbestimmung ist kein Irrtum, sondern die Konsequenz der Geschichte. Das hat sich 2009 erneut bewiesen!

Es sind doch nicht Casino-Kapitalisten, Heuschrecken oder Renditejäger, die ein Interesse an einer langfristigen, stabilen Entwicklung eines Unternehmens haben. Nein, Beschäftigte wollen einen sicheren Arbeitsplatz und das nicht nur heute. Kurz: Sie wollen langfristige Sicherheit und Stabilität statt kurzfristiger Rendite.

Oder anders formuliert: ohne uns, ohne gelebte Mitbestimmung wären in Bayern zehntausende und in Deutschland hunderttausende mehr Menschen arbeitslos. Ein Blick über die Grenzen belegt das eindrucksvoll!

Und deshalb fordern wir selbstbewusst mehr Mitbestimmung. Wir wollen:

- Eine Änderung des Aktienrechts, damit Vorstand und Aufsichtsrat endlich auch auf das Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit verpflichtet werden.
- Eine Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung, um das Erpressungspotential zu verringern.
- Eine qualitative Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte.
- Die Ausrichtung der Vorstandsvergütungen an nachhaltigen Unternehmenszielen.

Und, Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns auch unter den erschwerten ökonomischen Bedingungen für mehr Verteilungsgerechtigkeit stark machen. Denn zu einer erfolgversprechenden Antikrisen-Strategie gehört, dass wieder Geld in die Taschen der Beschäftigten kommt.

Wir brauchen sichere Arbeitsplätze und ordentliche Löhne.

Und mit Blick auf die laufenden und kommenden Tarifrunden will ich auch daran erinnern, dass Löhne volkswirtschaftlicher Nachfragefaktor sind. Und weil ja landauf, landab von Konjunkturpaketen die Rede ist: Kolleginnen und Kollegen, Lohn- und Gehaltserhöhungen sind ein Konjunkturpaket in Arbeitnehmerhand.

Gerade weil die Situation im Industriesektor so angespannt ist, ist deshalb ein spürbares Lohnplus im öffentlichen Dienst so wichtig.

Die Branchen sind von der Krise völlig unterschiedlich betroffen. Da ist es doch nur konsequent, wenn die Gewerkschaften im DGB mit unterschiedlichen Forderungen in die Tarifrunde 2010 gehen. Das haben sie schon oft getan. Unterschiedliche Fragestellungen erfordern unterschiedliche Antworten. Auch das gehört zur Tarifautonomie!



Wir werden die anstehenden Tarifrunden genauso meistern, wie wir bisher der Krise getrotzt haben: mit einer klaren Orientierung an unseren gewerkschaftlichen Grundwerten. Denen bleiben wir treu: Gerechtigkeit und Solidarität sind notwendiger denn je.

Ich habe den Eindruck, immer mehr Menschen sehen das genauso.

Und damit garantieren wir ungleich mehr die Freiheit des Einzelnen als diejenigen, die sich diese Parole auf ihre neoliberalen und marktradikalen Fahnen geschrieben haben. Weil es auch nach 160 Jahren Gewerkschaften in Deutschland dabei bleibt: Gerechtigkeit und Solidarität in Freiheit für alle Menschen in unserem Land statt Klientelpolitik für wenige.